

Olaf Sundermeyer

GANU

LAND

Die Rache des alten Mannes

C·H·Beck

3. Den Zeitgeist reiten

Gauland wusste schon immer, was politisch ankommt. Als die Stimmung dafür günstig war, hat er dem Land einen Rechtsruck abgetrotzt

Stück für Stück pflügt Gauland mit seinem geländegängigen AfD-Vehikel die deutsche Kulturlandschaft um. Zunächst deren inzwischen aufgelockerten politischen Boden, darunter aber auch die gefestigten gesellschaftlichen Verhältnisse. Er nutzt dabei das politische Klima der Verunsicherung. Die Bedingungen konnten günstiger nicht sein. Seit der friedlichen Revolution von 1989 hat Deutschland keine solch einschneidende Veränderung mehr erfahren wie die, die den Aufstieg der AfD erst ermöglicht hat. Die Partei selbst und mit ihr die gesamte neurechte Bewegung strapaziert seit einigen Jahren in heraufbeschwörendem Sound die Botschaft, dass wir an der Schwelle einer Zeitenwende leben.

Ihre parlamentarische Wirkungsmacht hat die AfD allerdings nicht aus eigener Kraft erlangt, so wie die gesamte Bewegung ihr Ziel nicht aus eigenem Antrieb erreichen wird. Das war Gauland stets bewusst, seit er sich auf den Pflug gesetzt hat. Denn niemals versucht er, selbst den Zeitgeist zu definieren, er macht sich vielmehr zum Ausdruck dessen. «Gauland sitzt auf der Welle eines sich verändernden Zeitgeistes und führt die Veränderungen mit an», bestätigt sein ehemaliger Referent René Springer.

Mit dem Einsetzen der Flüchtlingskrise ergab sich für Gauland die historische Chance, diesen Veränderungsprozess einzuleiten. Sie sei für seine Partei «ein großes Glück», räumt er unumwunden ein, und dass die AfD ohne diese Krise niemals zur inzwischen drittstärksten politischen Kraft in Deutschland aufgestiegen wäre. Er weiß, dass er ohne die gesellschaftlichen Verwerfungen um die bislang kaum zu kontrollierende Einwanderung nicht als Oppositionsführer die gut ausgeleuchtete Bühne des Deutschen Bundestags hätte betreten können, wo er jetzt mit jeder Debatte ein neues Stück inszeniert. Für ein wachsendes Publikum, das eben nicht mehr das der anderen Parteien ist. Diese wiederum spielen auf derselben Bühne nur mehr für ihre eigenen Leute. Wenn sich ihre Redner in den Plenardebatten an der AfD abarbeiten, ist ihnen der Applaus aus der eigenen Blase gewiss, ebenso die Wut der anderen. So erledigen sie das Geschäft der Populisten,

verstärken die gesellschaftliche Spaltung noch und verschwenden wertvolle politische Ressourcen, statt sich der drängenden Probleme anzunehmen. Auch das meint Gauland, wenn er sagt, dass er die anderen vor sich hertreibt. So führt er Politik und Medien immer wieder geschickt in die Empörungsfalle. Das Lockmittel ist austauschbar, aus Ausländerkriminalität wird Burkaverbot werden Grenzkontrollen, Genderfragen, die Erinnerungskultur oder die Beziehung zu Russland. Gauland und seine Partei brechen die Tabus unter dem Getöse der anderen und schärfen damit ihr Alleinstellungsmerkmal als umso deutlicher wahrnehmbare Opposition.

Die Empörung der anderen ist Gauland ein zuverlässiger Begleiter geworden, mit dem er gut umgehen kann. Die Methode hat sich bewährt. Niemand beherrscht sie besser als er. Dabei liegt die Kunst im richtigen Umgang mit der Empörung, wie er selbst einräumt: «Wir müssen genau aufpassen. Weil es auch eine Empörung gibt, bei der Sie vorsichtig sein müssen, dass Sie nicht darüber verlieren. Deshalb sage ich nicht, je größer die Empörung, desto größer der Nutzen.» Es kommt also immer auf die Dosierung an, auch auf den Zeitpunkt.

Eine kalkuliert provozierte Empörung als Mittel der Politik: Dass und wie das funktioniert, hat Roland Koch Anfang 1999 mit seiner sechswöchigen Unterschriftenkampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft vorgeführt. Im Café Siesmayer am Frankfurter Palmengarten erzählt ein damals enger Mitarbeiter Kochs mit sichtlichem Wohlbehagen, wie sein Chef aus aussichtsloser Position auf einer Welle der Empörung geradewegs ins Amt des hessischen Ministerpräsidenten surfte. Und das ging so: Nur wenige Monate nachdem die Grünen mit Joschka Fischer an der Spitze in die Bundesregierung gelangt waren und nun gemeinsam mit den Sozialdemokraten das Land regierten, standen in Hessen Landtagswahlen an. Die CDU hatte sich noch nicht von der Niederlage erholt. Schließlich hatte sie 16 Jahre lang Deutschland regiert. In Wiesbaden hieß der Ministerpräsident Hans Eichel (SPD). Der strebsame Koch wollte dieses Amt, aber die Umfragen standen schlecht für ihn. Es musste ein zündendes Thema für seinen Wahlkampf her.

Der entscheidende Tipp kam schließlich aus der Parteispitze, vom neuen Bundesvorsitzenden Wolfgang Schäuble höchstpersönlich. Dem war schon im Zuge der rot-grünen Koalitionsverhandlungen das Thema Einwanderung aufgefallen, das die SPD ganz den Grünen überlassen hatte. Deren Idee war ein Gesetz zur doppelten Staatsbürgerschaft. Die Debatte darüber fiel zeitlich in den Hessen-Wahlkampf und war denkbar geeignet, die Wähler zu polarisieren. Koch hatte ein Thema, über das er die ausländerfeindlichen Ressentiments in der Bevölkerung für sich nutzen konnte. Zwar hatte Schäuble dem Vernehmen nach Bedenken gegen eine Kampagne, die im Verdacht des Rechtspopulismus stand, aber die Idee war die Lösung für das Dilemma der CDU. Nach einigem Gezerre und mit

Unterstützung der CSU setzte Koch sich in der Union durch. Er startete seine Unterschriftenaktion gegen die doppelte Staatsbürgerschaft, die bei vielen Wählern als eine Abstimmung gegen Ausländer ankam. Damit war zu rechnen gewesen. «Wo kann ich hier gegen Ausländer unterschreiben?», dieses Wählerzitat aus einem der zahlreichen Fernsehbeiträge zu der Kampagne wurde zum geflügelten Wort. Die weit verbreitete Fremdenfeindlichkeit wurde auf diese Weise gezielt geweckt, um sie für den eigenen Wahlerfolg zu nutzen.

Damit hat Kochs Hessen-CDU Gaulands AfD eine Blaupause geliefert, zu der sie immer wieder gerne greift. Je größer die Empörung, desto größer die Zustimmung. So hat es Kochs damaliger Mitarbeiter erlebt. «Es war zu erwarten, dass der politische Gegner dagegen Sturm laufen würde, aber auch viele Journalisten, aber genau das hat uns geholfen.» Anfängliche Bedenken verblassten angesichts des Erfolgs der Kampagne. Koch wurde dadurch ein bundesweit bekanntes Fernsehgesicht und Gegenstand zahlloser empörter Kommentare in der Presse. 600.000 Unterschriften seien allein bei ihnen in Hessen zusammengekommen, berichtet er. Medienwirksam wurden die Abstimmungskarten mit einem Lkw nach Bonn gebracht. «Wir haben mit dieser Kampagne die Wahl gewonnen. So eine Mobilisierung habe ich nie wieder erlebt», stellt er abschließend fest, mag aber so kurz vor einer neuerlichen Landtagswahl und im Kontext eines Buches über Alexander Gauland seinen Namen nicht nennen.

Es war eine der erfolgreichsten PR-Aktionen in der politischen Geschichte der Bundesrepublik. Die CDU kam auf 43,4 Prozent der Wählerstimmen, die SPD auf 39,4. Am Montag nach der Wahl trat der Sieger gemeinsam mit seinem Parteivorsitzenden Schäuble und der CDU-Generalsekretärin Merkel vor die Presse und vergaß nicht, sich bei den Medien für ihre Mithilfe zu bedanken.

Möglicherweise hält diese Erfahrung Schäuble und Merkel bis heute davon ab, sich über die Provokationen der AfD zu empören, nicht im Wahlkampf, auch nicht im Bundestag. Dort gehen beide, der Bundestagspräsident und die Bundeskanzlerin, sehr souverän um mit den Provokationen der AfD. Vor allem Merkel, die im Parlament häufig das Ziel dieser Provokationen ist, bleibt dabei bemerkenswert unbeeindruckt und zeigt damit die einzig erfolgversprechende Reaktion. Das war schon das Fazit des Koch-Biografen Hajo Schumacher: Die wichtigste Erkenntnis sei für Koch gewesen, «dass es möglich war, einen Wahlkampf gegen die gesamte öffentliche Meinung zu führen, ja, dass man die Empörung der Medien sogar nutzen konnte für die eigenen Zwecke. Veröffentlichte Empörung meinte nicht automatisch öffentliche Empörung», heißt es dort zutreffend, und als Mahnung an die Redaktionen: «Selbstgerechtigkeit besorgte Kochs Geschäft.»^[1] Gleiches gilt heute für Gaulands Geschäft.

Dafür, dass die AfD zum richtigen Zeitpunkt bereit für den großen Wurf war, hatten Gauland und andere im Verbund zum Beispiel mit der islam- und fremdenfeindlichen Demonstrationsinitiative Pegida rechtzeitig gesorgt. Bis es dann nach der Grenzöffnung für Flüchtlinge im September 2015 so richtig losging. Damals war die AfD zweieinhalb Jahre alt, Pegida ging im elften Monat montagabends durch Dresden spazieren, und die Demoskopen verkündeten, dass diese neue Partei nun in der Mitte der Gesellschaft angekommen sei.

Es war am Vormittag des 1. September 2015, als Gauland erstmals den Wert der Flüchtlingskrise für seine Partei vor Augen sah: Auf einem Lufthansaflug von Berlin-Tegel nach Köln/Bonn. Der AfD-Mann war zu einer Aufzeichnung der ARD-Talkshow «Menschen bei Maischberger» ins WDR-Studio nach Bocklemünd eingeladen. Dort sollte er unter anderen mit dem Grünen-Politiker Volker Beck und dem Tänzer Detlef Soost über die sich zuletzt hemmungslos entladende Fremdenfeindlichkeit im Land diskutieren. Im karierten Sakko, die grüne Hundekrawatte um den Hals, döste er in der ersten Reihe hinter dem Cockpit. In den vergangenen Wochen ging es ihm gesundheitlich nicht gut. Die monatelange Krise und der Dauerstreit in der AfD hatten seiner Psyche zugesetzt. An diesem Tag wirkte er zerknirscht, sein Gesicht fahl.

René Springer saß einige Sitzreihen hinter ihm. Aber gleich nach dem Start hielt es den Referenten nicht mehr auf seinem Sitz. Mit der *Bild*-Zeitung in der Hand eilte er in die vorderste Reihe zu seinem Chef: «Herr Doktor Gauland, Herr Doktor Gauland, wir liegen über vier Prozent», rief er ihm begeistert zu. Der Angesprochene richtete sich auf, kramte nach der Lesebrille, nahm die Zeitung entgegen, und während er die aktuelle INSA-Umfrage las, hellte sich sein müdes Gesicht auf. Dabei brummte er zufrieden. «Hm, ja, das habe ich geahnt.» Von jetzt an ging es mit der AfD bergauf, mit Gauland auch. Je länger Springer an seiner Seite war, umso stärker fiel ihm dieser Zusammenhang zwischen Erfolg und gesundheitlichem Zustand auf. Lief es mit der AfD, dann ging es Gauland gut. Doch vor allem personelle Streitigkeiten wirkten sich auf sein Seelenleben negativ aus. Weil das zerstrittene Bild, das die Partei in der Öffentlichkeit abgab, den Erfolg der AfD sichtlich gefährdete.

Nach dem Sturz von Bernd Lucke und der Wahl von Frauke Petry zur Bundesvorsitzenden während der «Hitzeschlacht von Essen» auf dem Parteitag in der Grugahalle Anfang Juli steckte die noch junge Partei im Umfragetief. Sie dümpelte zwischen zwei und drei Prozent und wurde von einigen Kommentatoren bereits zum vorübergehenden Phänomen erklärt. Die Abwahl des Gründungsvorsitzenden Lucke und die deutlichen Anzeichen eines Rechtsrucks unter der forschenden Fraktionsvorsitzenden aus dem Sächsischen Landtag hatten zudem eine spürbare Austrittswelle in der einstigen Anti-Euro-Party ausgelöst. Vor allem unter den zahlreichen ehemaligen Wissenschaftlern und erfahrenen

politischen Köpfen, die sich Lucke, Adam und Gauland zu Beginn angeschlossen hatten. Das Wort vom Exodus machte in der Partei die Runde. Daraus konnte schnell ein zerstörerischer Selbstläufer werden.

Dann begann der Sommer der Flüchtlinge. Mit der wachsenden Zahl derer, die kamen, stieg der Unmut bei jenen, die sich zunehmend fremd im eigenen Land fühlen. Bundesweit brannten Flüchtlingsunterkünfte, vor allem in Sachsen regierte stellenweise der Mob, in Meißen, Freital, Bautzen und Heidenau, im Pegida-Land um Dresden versammelten sich zahlreiche Menschen, um den Zuzug von Flüchtlingen auch mit Gewalt zu verhindern. Die Stimmung heizte sich auf, auf dem Höhepunkt der Eskalation unterbrach der damalige Vize-Kanzler und SPD-Chef Sigmar Gabriel eine Sommertour für einen Halt in Heidenau im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge. Statt die Menschen zu beruhigen, wie es seine Aufgabe gewesen wäre, beschimpfte er die Wutbürger und Rechtsextremisten vor den Kameras der mitgereisten Berliner Medientourage als «Pack» und als «Leute, die mit Deutschland nichts zu tun haben».

Der unmittelbare Beobachter dieser Szenerie konnte angesichts der Gemengelage vor Ort auf Anhieb erraten, was dieser Ausspruch bewirken würde. Der impulsive Politiker hatte sich hier unfreiwillig zum Helfer der AfD gemacht und die von ihr angetriebene Spaltung weit über Heidenau hinaus manifestiert. Die Gegebenheiten in der sächsischen Provinz konnte er nicht kennen. Dafür war die Distanz zu den Menschen dort viel zu groß. Während der von zahlreichen bewaffneten Personenschützern eskortierte Regierungspolitiker in der Berliner Blase Applaus für seinen Mut erntete, dem fremdenfeindlichen Mob entschieden entgegengetreten zu sein, sorgte er vor Ort für eine weitere Radikalisierung der fremdenfeindlich bewegten Bürger. Diejenigen, die mit der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung nicht einverstanden waren, fanden in der pegidanahen Partei von Petry nun ihren politischen Anwalt. Die AfD nahm das Mandat dankend an. Ostsachsen ist ihre bundesweit wichtigste Hochburg. «Besser hätte er uns in dieser Situation nicht helfen können», kommentierte Gauland voller Süffisanz noch vor der Maischberger-Sendung Gabriels Auftritt. Mit seinem Ausspruch hatte dieser der Talkshow zu ihrem fast schon prophetischen Titel verholfen: «Wir sind das Pack – rückt Deutschland nach rechts?» stand über der Sendung.

Am Wochenende danach ließ die Bundeskanzlerin für die über die Balkanroute kommenden Flüchtlingsmassen die deutschen Grenzen öffnen. Nun stiegen die Umfragewerte der AfD Woche für Woche an, und Gauland hatte Konjunktur. Es dauerte nicht lange, bis es ihm auch seelisch wieder deutlich besser ging. Sein Gesicht nahm wieder die helle rosa Farbe an, wie immer wenn es ihm gut geht. Am weiß gedeckten Tisch wagte er schließlich die Voraussage: «Wenn wir in Stuttgart in den Landtag einziehen, schaffen wir es im Jahr darauf auch in den Bundestag.» Darauf würde er wetten. Fünf Monate später, am 13. März 2016, zog